

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

12.2.1925 (No. 36)

Vertrieb: Karlsruher Straße Nr. 14
Herausgeber: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3516

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. M. n. n. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstöße werden nicht berücksichtigt. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, mangels welcher Zeitungen und Kontostunden fallen der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Rundfunk, Reichspost und Presse

Von Staatssekretär Dr. Wredow.

(Nachdruck erwünscht.)

Als bei Einrichtung des deutschen Rundfunks die Frage Staatsbetrieb oder Privatbetrieb zu lösen war, wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß die Deutsche Reichspost die ganze Entwicklung des privaten Wettbewerbs überlassen und sich selbst fernhalten solle.

Diesen Wunsch hat sie bewußt nicht erfüllt, sondern sie hat auf Grund des Telegraphenregals die Rundfunksender selbst gebaut und im Staatsbetrieb behalten, während sie die Programmgestaltung in jedem Sendebereich einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Gesellschaft übertrug. Hierdurch ist einerseits ein schneller einheitlicher Ausbau und neutraler Betrieb des Sendewesens unter Ausnutzung aller bei der Verwaltung und Industrie vorliegenden Erfahrungen möglich gewesen, andererseits ist der Sendebetrieb unabhängig von privaten Interessengegenständen geblieben. Die private Unternehmungslust kann sich in der Programmgestaltung auswirken, und es nicht Wille der Reichspost, sich in dies Gebiet in anderer Weise einzumischen, als daß sie nötigenfalls berechtigten Wünschen der Zuhörerschaft gegenüber den Sendegesellschaften Nachdruck verleiht.

Ob die deutsche Rundfunkorganisation die beste, überhaupt mögliche ist, ob nicht auf anderen Wegen daselbe oder mehr hätte erreicht werden können, läßt sich heute noch nicht beurteilen, jedenfalls steht das eine fest: der Aufbau ist schnell und reibungslos vor sich gegangen, der Erfolg des ersten Jahres übertrifft alle Erwartungen.

Die Zuhörer strömen in Massen herbei; zu den vorhandenen 600 000 kommen monatlich etwa 80 000 Familien neu hinzu und etwa im Juli wird die erste Million erreicht sein.

Nichts wäre falscher, als sich durch diese erfreuliche Tatsache zu der Annahme verführen zu lassen, daß alles in schönster Ordnung und nichts mehr zu verbessern sei. Ich möchte hier das wiederholen, was ich kürzlich in einem kleineren Kreise in Leipzig als Antwort auf eine Lobeshymne aussprach: „Es gibt vielleicht in Deutschland nicht viele Menschen, die so wenig zufrieden mit der derzeitigen Lage des Rundfunks sind wie ich selbst. Wir stecken in organisatorischer, technischer und künstlerischer Beziehung noch im allerersten Stadium, immer neue Schwierigkeiten entstehen, aber die Aussicht auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die Gemüthsheit, daß wir das Menschennögliche leisten werden, beruhigt mich wiederum außerordentlich.“

Meine Bedenken bewegen sich hauptsächlich in folgenden Richtungen.

Der Grundgedanke der ganzen Organisation (staatlicher Sendebetrieb, private Programmgestaltung) hat sich gut bewährt, ebenso die Einrichtung einzelner Sendebereiche mit eigenen Sendern. Aber die Tatsache, daß in jedem Sendebereich besondere, unabhängig nebeneinander arbeitende Programmgesellschaften entstanden sind, bringt natürlich die Gefahr mit sich, daß der ursprüngliche Gedanke, einen einheitlichen deutschen Rundfunk zu schaffen, allmählich verloren geht. Dieser Fall würde eintreten, wenn die Bezirksgesellschaften sich lediglich als Sprachrohr ihres Bezirks betrachten und vergessen würden, daß sie vor allen Dingen ein Glied der deutschen Rundfunkorganisation sind. Das ist nicht nur im kulturellen, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne zu verstehen, und es muß Vorsehung getroffen werden, daß alle deutschen Rundfunkprogramme eine bestimmte Mindestqualität erreichen und die gewonnenen Erfahrungen einheitlich berücksichtigen. Steinfall dürfte schwachbevölkerte Bezirke in bezug auf die Güte der Darbietungen gegenüber den starkbevölkerten und daher höhere Einnahmen bringenden Bezirken zurückstehen, weil ihre Einnahmen geringer sind.

Eine vernünftige „zentralisierte Dezentralisation“ durch Zusammenfassung der Bezirksämter mit Drahtverbindungen und Schaffung einer Ausgleichsstelle würde daher den größten Nutzen bringen können.

Diese Stelle hätte die Aufgabe, alle über die örtlichen Interessen der einzelnen Bezirksgesellschaften hinausgehenden, aber für den Gesamtdeutschland wichtigen Fragen zu bearbeiten, den Programm Austausch mit Hilfe des Leitungsbüros zu regeln und einen finanziellen Ausgleich herbeizuführen.

Die Zukunft des Rundfunks hängt außer von der Programmgestaltung im wesentlichen von der technischen Entwicklung ab. An der Verbesserung des Empfanges wird

fieberhaft gearbeitet, die Entwicklungskosten hierfür verteilen sich auf die ganze Funkindustrie und werden bei der Preisgestaltung der Empfänger berücksichtigt. Die Sendentechnik, welche die wichtigste Vorbedingung für eine verbesserte Übertragung des Klangbildes ist, verspricht ungleich größere Kosten und diese sind bisher im wesentlichen durch die Reichspost unmittelbar oder durch Bestellungen bei der Industrie übernommen worden. Die Programmgesellschaften erhalten $\frac{1}{2}$ der Gebühreneinnahmen, dafür haben sie die Gesamtorganisation zu unterhalten, die Künstler zu bezahlen, die Autoren und Komponisten für Wiedergabe ihrer Werke zu entschädigen und schließlich die durch den Betrieb der Sender entfallenden Personal- und Sachkosten sowie die Amortisation der Sendeanlagen zu übernehmen. Besonders der letzte Ausgabenposten ist von schwerwiegendster Bedeutung, weil man bei der ungeheuer schnellen Entwicklung des Sendewesens mit ganz kurzen Amortisationsfristen rechnen muß. So müssen beispielsweise mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen und die inzwischen eingetretenen Verbesserungen jetzt bereits nach dem ersten Betriebsjahr alle deutschen Rundfunksender ersetzt werden, und ich bin überzeugt, daß die jetzt im Bau befindlichen neuen Sender in kurzer Zeit bereits wieder veraltet sind. Wenn wir den Rundfunk weiter entwickeln wollen, müssen wir ohne Rücksicht auf die Kosten jede technische Änderung an den Sendern durchführen, sobald feststeht, daß sie eine Verbesserung der Übertragung mit sich bringt. Die hierfür aufzuwendenden Kosten lassen sich für die nächsten Jahre überhaupt nicht übersehen, und in diesem Zusammenhang von einer Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit in den ersten Entwicklungsjahren eines neuen Nachrichtenmittels von so ungeheurer Bedeutung zu sprechen, erscheint mir zwecklos. Die in der Öffentlichkeit mehrfach angestellten theoretischen Berechnungen über die Gewinnaussichten der Programmgesellschaften sind daher völlig abwegig. Bisher sind keinerlei Gewinne im Rundfunk verteilt worden, und das Reichspostministerium als die der Öffentlichkeit verantwortliche Stelle kann auch nicht zugeben, daß scheinbare Überschüsse, die in einigen Bezirken mit besonders großer Teilnehmerzahl entstehen könnten, zur Auszahlung an Aktionäre gelangen. Die Reichspost steht zwar auf dem Standpunkt, daß die Rechte der Geldgeber die bei Einrichtung des Rundfunks in der wirtschaftlich schwierigen Herbstzeit des Jahres 1923 das Risiko übernommen haben, weitgehend bewahrt bleiben sollen, aber sie ist sich mit den Programmgesellschaften darin einig, daß selbst in günstigen Jahren nur eine normale Dividende bezahlt werden darf. Die etwaigen Überschüsse werden zweckmäßig einem Zentralfonds zugeführt, aus dem nicht nur Mittel für die technische Entwicklung des Sendewesens, sondern auch die für den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den einzelnen Bezirken erforderlichen Summen genommen werden. Es versteht sich von selbst, daß die Reichspost sich ausüßslogenden Einfluß auf die Verwendung der auf diese Weise angesammelten Mittel vorbehalten muß. Bei erheblicher Steigerung der bisherigen Teilnehmerzahl und nachdem die Entwicklung des Rundfunks einen gewissen Höhepunkt erreicht hat, kann an eine Ermäßigung der Teilnehmergebühren herangetreten werden.

Auch für die Reichspost ergeben sich bei der bisherigen Teilnehmerzahl noch keine wesentlichen Gewinne aus dem ihr zustehenden Anteil von $\frac{1}{2}$ der Gebühren. Sie hat mit dem Rundfunk sehr große Materialkosten und eine sehr erhebliche Verwaltungsarbeit übernommen. Insbesondere die mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Teilnehmer durchgeführte monatliche Abholung der Gebühr verursacht so hohe Kosten, daß schon eine sehr starke Zunahme der Teilnehmer erforderlich ist, wenn ein ins Gewicht fallender Gewinn erzielt werden soll. Ich glaube also nicht, daß in Deutschland die Gefahr vorliegt, daß der Rundfunk unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Ausnutzung betrieben werden und damit seines Charakters als Kulturfaktor entkleidet werden soll.

Auch die Programmgesellschaften betrachten sich deshalb nicht als Erwerbsunternehmungen im üblichen Sinne, sondern die Tatsache, daß sie auf Grund einer Konzession der Reichspost unter dem Schutze des Telegraphenregals arbeiten, gibt ihnen einen öffentlich-rechtlichen Charakter. Genießen sie also auf der einen Seite starken Schutz, so haben sie auf der anderen Seite weitgehende Pflichten und müssen unter Verzichtleistung auf wirtschaftliche Ausbeutung die aus den Gebühren fließenden Summen wieder dem Rundfunk zufloßen lassen. Im Interesse der Öffentlichkeit ist daher ein maßgeblicher Einfluß vor allen Dingen von Seiten der Reichspost erforderlich, die die Rundfunkorganisation geschaffen hat und die technische

und wirtschaftliche Entwicklung am besten beeinflussen kann. Gleichzeitig müssen die Programmgesellschaften sich den Wünschen der Öffentlichkeit weitmöglichst fügen und der Presse als der anerkannten Vertreterin der öffentlichen Meinung das Recht der freien Kritik zubilligen. Es ist gelegentlich behauptet worden, daß die Programme geistiges Eigentum der Programmgesellschaften seien, über das sie nach Belieben verfügen könnten. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, durch Verbot des Abdrucks im Einzelfalle die unabhängige Kritik zu beeinflussen. Das Reichspostministerium hat, um eine derartige unerwünschte Entwicklung zu verhindern, verlangt, daß die Vortragsfolgen der ganzen Presse zur Verfügung gestellt werden müssen.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß das Reichspostministerium in den Sendekonzessionen sich die Einsetzung eines Kulturbeirats für die Programmgesellschaften vorbehalten hat, der als Vertreter der Öffentlichkeit einen Einfluß auf die Programmgestaltung ausüben soll.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Reichspost die Entwicklung des Rundfunks mit aller Energie fördert und bestrebt ist, der Öffentlichkeit den ihr zukommenden Einfluß auf die Entwicklung dieses Kulturfaktors in jeder Beziehung einzuräumen.

Aber den vermeintlichen Einfluß des Rundfunks auf das Konzert- und Theaterleben, über die Rundfunkreklame und das neuerdings beanstandete Eindringen des Rundfunks in das Tätigkeitsgebiet der Presse werde ich mich in Kürze äußern.

Die Goldankäufe der Reichsbank

Die Deutsche Reichsbank teilt zu den in der Presse gebrachten Mitteilungen über Goldankäufe folgendes mit:

Im Anfang Oktober 1923, also noch während der stärksten Inflationsperiode, erhielt die Reichsbank zur Deckung des von ihr herausgegebenen Notgeldes von der Reichsregierung die Erlaubnis zum privaten Goldankauf. Die Depositen- und Handelsbank, die schon vorher aus demselben Anlaß mit Goldankäufen für die Reichspost beschäftigt war, erhielt deshalb auch von der Reichsbank den Auftrag, aus den mannigfachen Privatversteuern das Edelmetall herauszuholen, das auf dem Wege des geregelten Ankaufs zu amtlichen Kursen niemals zu bekommen war. Hierzu erbat und bekam die Bank jeweils Anzahlungen auf kurze Frist, die sie durch Metalllieferungen zu decken hatte. Ein Auftrag, Gold im Ausland zu kaufen, ist nicht erteilt worden, vielmehr machte der Direktor Wolpe eines Tages unvermutet die Mitteilung, er habe Gold in Holland gekauft. Die Richtigkeit dieser Angabe wurde auf Anfrage vom Reichspostminister Dr. Hoffe bestätigt. Ein Kreditverschuß war, wie überhaupt nicht, auch zum Ankauf dieses Goldes nicht gegeben worden. Infolgedessen stellte sich später heraus, daß das Gold durch aufgelaufene Zinsen voll belastet war, also nicht verlangt werden konnte. Eine Ausfuhr von Mark ins Ausland war Wolpe vom damaligen Reichsverkehrsministerium von vornherein ausdrücklich untersagt gewesen. Der Reichsbank ist, trotz der bedauerlichen Begleitererscheinungen im Grunde genommen nur ein buchmäßiger Schaden entstanden, wenn man die Differenz zwischen dem amtlichen und dem sogenannten schwarzen Kurs berücksichtigt. Diesem nur buchmäßigen Verlust steht auf der anderen Seite erheblich größerer Gewinn aus der Herausgabe eigenen Notgeldes gegenüber. Die volkswirtschaftliche Absicht, gehandeltes Gold zum Nutzen der Allgemeinheit den öffentlichen Kassen zuzuführen, wurde erreicht. Nach Stabilisierung der Währung haben Goldankäufe nicht mehr stattgefunden und das vorhandene Gold wurde den Beständen der Reichsbank zugeführt.

Über eine neue Stodung in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen meldet das W.D. aus Paris: Zwischen den Mitgliedern der deutschen und französischen Handelsvertragsdelegation fanden Besprechungen statt, in deren Verlauf es nicht möglich war, eine geeignete Verhandlungsbasis zu finden. Es hat sich herausgestellt, daß große Schwierigkeiten noch zu überwinden sind, wenn bezüglich der Bestimmungen für das Handelsprovisorium und bezüglich der Bestimmungen für den endgültigen Handelsvertrag eine Einigung erfolgen soll. Unter diesen Umständen ist vorläufig eine weitere Besprechung der beiden Delegationen nicht vereinbart worden. An den Verhandlungen nahmen die beiden Delegationsführer nicht teil.

Zu Meldungen über die bevorstehende Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erzählt der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenten, daß diese Meldungen zutreffen. Eine endgültige Entscheidung liege jedoch noch nicht vor, da die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien noch nicht abgeschlossen seien. Von dem Ergebnis der Verhandlungen werde es abhängen, ob und in welcher Form die Vorlage für die Aufhebung des Ausnahmezustandes an den Landtag gelangen werde.

Der „Miesbacher Anzeiger“ vor dem Staatsgerichtshof. In dem beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig anhängigen Strafverfahren gegen den Schriftleiter des „Miesbacher Anzeiger“ Rudolf Stempfle und eine Reihe anderer Personen wegen Herabwürdigung der verfassungsmäßigen Staatsform, worin es sich um den gegen den Reichspräsidenten erhobenen Vorwurf des Landesverrats durch Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik handelt, ist der Termin zu den Hauptverhandlungen in Leipzig auf den 1. März festgesetzt worden.

Zu den Finanzkandalen

Wir haben die Finanzkandale mit all der Objektivität verfolgt, wie sie sich für ein der Regierung nahestehendes Blatt heute von selbst versteht. Ein Urteil konnte dabei selbstverständlich nicht unausgesprochen bleiben. Aber bei einer jeden Urteilsbildung ist es Pflicht, alle Umstände zu berücksichtigen, die bei der Begehung der strafbaren Handlung entscheidend mitgewirkt haben. Wenn von einzelnen Parteien dauernd der Versuch gemacht wird, die Finanzkandale im Sinne einer gegen ganz bestimmte andere Parteien gerichteten politischen Verhetzung auszuschlachten, so ist es angebracht, vor einer solchen Methode zu warnen. Und es ist überaus bezeichnend, daß dieser Tage sogar in einem Blatt, das mehr rechts orientiert ist und in seiner Berichterstattung die Skandale nach einer ganz bestimmten Tendenz auswertet, nämlich in der „Badischen Presse“, in einem Leitartikel der Satz zu lesen war, daß es schließlich bei allen Parteien menschele.

Wenn jene Mahnung nichts fruchtet, wird man den Vertretern der Parteien, die besonders angegriffen werden um der Gerechtigkeit willen die Möglichkeit einer planmäßigen Verteidigung nicht versagen dürfen. So ergreift jetzt der frühere Wirtschaftsminister Robert Schmidt in der sozialdemokratischen Presse das Wort, um unter der Überschrift „Die Ruchnießer der Inflation“ einmal den Spieß umzulegen und Zustände zu beleuchten, die seiner Meinung nach noch viel bedenklicher sind, als das, was jetzt bei den Finanzkandalen zutage tritt. Wir bemerken ausdrücklich, daß es ein Parteimann ist, der hier spricht. Seine Ausführungen sind also auch demgemäß zu bewerten. Wir selbst können in Anbetracht unserer ganzen grundsätzlichen Haltung, lediglich die formelle, pressegewöhnliche Verantwortung dafür übernehmen.

Der Artikel lautet:

„In der Zeit der fortgeschrittenen Entwertung unserer Mark haben viele mit Geschick in fleißiger Ausnutzung der Situation große Vermögen zusammengebracht und ihren Besitz mit nicht gerade einwandfreien Mitteln enorm erweitert. Da treten zunächst die Männer der großen Konzerne hervor, die heute als die führenden der deutschen Wirtschaft bezeichnet werden.

Wie war es möglich, daß in einer Zeit starker wirtschaftlicher Zerrüttung ein Aufbau der Konzerne in bisher unbekanntem Umfang sich vollzog und eine Kapitalkonzentration in den Händen einiger Industrieller sich anhäufen konnte, die weit über den normalen Gang der kapitalistischen Entwicklung hinausging? Das war nicht mehr der Profit aus den alten Unternehmungen, der Neuanlage auf dem Kapitalmarkt suchte, das waren auch keine Neugründungen von Unternehmungen, für die im Publikum geworden wurde, sondern ein Zusammenraffen bestehender Gesellschaften unter die Gewalt einiger Industriemagnaten.

Niemand wird den Nachweis führen können, daß die Leiter der Konzerne, die Milliarden von Aktienkapital zusammenbrachten, dies aus ihrem eigenen Vermögen bestreiten konnten. Die Herren haben es verstanden, anschließende Kredite flüchtig zu machen, die ihnen die Möglichkeit boten, diese Herrschaft der Kapitalkonzentration aufzubauen.

Vor allem war es die Reichsbank, deren Leitung nie einen klaren Blick hatte für die in der Inflationsperiode nötigen Maßnahmen und die das Geld mit vollen Händen herausgab. Man gewährte Kredite, die nach einigen Monaten in erheblich entwerteter Mark zurückgezahlt wurden, man gewährte neue Kredite, die einen noch größeren Gewinn beim Fälligkeitwerden boten und so wiederholte sich der Raubzug mit immer gesteigerten Nutzen für den Schuldner. Mit diesen Krediten wurden die großen Aktienpakete aufgekauft, oder die Gelder in Devisen angelegt, um gegen den Verfall der Mark gesichert zu sein. Es wurden Rohmaterialien gekauft, die nach einigen Monaten mit riesigem Nutzen veräußert werden konnten. Die ungeheure Nachfrage nach Devisen, die durch diese Transaktionen entstand, mußte auf dem Geldmarkt in Deutschland in immer schnellerem Tempo den Verfall der Mark herbeiführen. Dieser Vorgang erklärt, weshalb so viele ein Interesse an der sinkenden Valuta hatten. Die Banken waren mit in diesen Geschäftsgang verstrickt, sie entzogen sich diesem wüsten Treiben nicht.

In der Verwaltung der Reichsbank sahen die führenden Personen der Bankwelt, die sich gegen jeden Vorschlag, werbeständige Kredite zu geben, werbeständige Konten anzulegen oder werbeständige Schahwechsel auszugeben, mit aller Entschiedenheit auflehnten. Erst mußte der große Raubzug mit all seinen Chancen für wilde Spekulation zu einer Höhe gelangen, die nicht mehr überboten werden konnte und die ein Überschlagen des Betriebes deutlich erkennen ließ.

Den Aktiengesellschaften kam ferner zufluten, daß sie ihre Obligationsschuld mit ein paar Papiermark ablösten; die Hypothekengläubiger der Landwirtschaft und städtischen Grundbesitzes traf das selbe Los. So wurden Tausende von Sparern, die sich an der wilden Börsenspekulation nicht beteiligten und kaum ahnten, was ihnen bevorstand, um ihr Vermögen betrogen.

Wenn aber jetzt von der Aufwertung die Rede ist, dann kommen die Parteien, die die Ruchnießer der Inflation als ehrenwerte Parteigehörige in ihrer Mitte haben, mit den glänzendsten Versprechungen! Der Kreis der hier genannten Schuldner lehnte jedoch die Aufwertung ab und sah es am liebsten, wenn die Reichsfinanzverwaltung mit dieser Aufwertung allein belastet würde. In der Reichspresse legt man diesen Betrug, der an den Gläubigern, den kleinen Sparern, vollzogen wurde, der Republik oder den Ministerien zur Last, an denen die Sozialdemokratie beteiligt war. **Gebantenlos** fällt ein nicht geringer Teil des Publikums dieser Irreführung, weil ihm nicht bekannt ist, daß die Sozialdemokratie wertvolle Vorschläge zur Stabilisierung der Mark dem Ministerium unterbreitete, als die ersten Anzeichen des schnellen Tem-

pos der Entwertung der Mark sich deutlich erkennen ließen. Alle diese Vorschläge sind an dem Widerstand der Industrie- und Bankwelt . . . gescheitert! Der Eingriff kam später und leider zu spät.

Man entrüstet sich über die Fälle Barinat, Kustiser, See- handlung, Landschaftspandbriefbank usw. und freut sich, daß die großen Raffes nicht in den Fängen des Staatsanwalts hängen blieben. Ich habe keine hohe Meinung von Leuten, die in der Inflationsperiode zu diesen Vermögen gekommen sind, dies gilt ohne Ausnahme von allen Konzernen, ob sie Barinat, Stinnes oder sonst einen Namen führen. Auf einwandfreie Weise hat sich dieser Vermögenszuwachs nicht vollzogen, und je größer er ist, um so gewiegter und raffinierter sind die Geschäftspraktiken gewesen. Da sind nun bei der Stabilisierung der Mark einige zu Bruch gegangen. Das war vorzuzusehen, für keinen Volkswirtschaftler war es eine Überraschung. Das sind diejenigen, die sich in der Spekulation zu weit vorgewagt hatten und vielleicht auch strafrechtlich nicht mehr den Abstand innegehalten haben, der anderen mit Geschick gelang. Die angesehenen Führer der großen Konzerne haben zur rechten Zeit gekappt und als sie nicht mehr bei der Reichsbank die Kredite belamen, um ihre Unternehmungen zu konsolidieren, konnten sie es im Ausland mit einigem Erfolg betreiben. Sie sind die ehrenwerten Männer, die im Reichsverband der Industrie saßen, deren Anhang es verstand, zeitig vom Judentum zur christlichen Kirche überzuwechseln und sich als Mündendung die Mitgliedschaft zu rechtsstehenden Parteien sicherten. Das sind die Leute, die Geschäft und Politik in eins betreiben, die in den Ministerien ein- und ausgehen und auf deren Wort gehört wird. Das sind die Leute, die mit Leichtigkeit 700 Millionen für die notleidenden Industriemagnaten loder machen und die es verstanden haben, während der Ruhrbesetzung ihre Betriebe auf Staatskosten auszubauen und auch sonst im Reinen immer die offene Hand haben.

Sonderbar, die rechtsstehende Presse entrüstet sich, daß ein Sozialdemokrat im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft sitzt, als ob es an sich etwas Verwerfliches wäre, während in den Reihen der bürgerlichen Parteien Leute mit Dutzenden von Aufsichtsratsposten bedacht sind und aus diesen Stellungen ihnen nicht gerade einfachen Lebensunterhalt bestreiten. Aber gut, man kann die Belehrung annehmen, und man wird es vom Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei nicht angenehm empfinden, einen solchen Posten, abgesehen von gemeinnützigen Unternehmungen, in den Händen von Parteigenossen zu sehen. Nur scheint es mir eine maßlose Übertreibung, es so hinzustellen, als ob damit eine Verfehlung in der übelsten Weise konstatiert werden kann.

Die Skandalpresse hat mit stilliger Entrüstung darauf hingewiesen, daß Barinat 1920 Lebensmittel nach Deutschland einfuhrte und dazu die Unterstützung des Reichswirtschaftsministeriums, dessen Leitung ich damals inne hatte, verlangen konnte. Das Ministerium hatte unmittelbar mit der Einfuhr nichts zu tun, die Einfuhr wurde besorgt von den Reichsstellen und eine zeitlang von dem sogenannten „Diktatorischen Ausschuss“, in dem Vertreter des Finanz-, Verkehrs- und Wirtschaftministeriums und der Devisenstelle saßen. Daß hier Barinat bevorzugt wäre, ist ausgeschlossen, ebenso wenig geschah es von den Reichsstellen. Vom Ministerium ist nie eine Anweisung ergangen, Barinat mit bevorzugen. Mit unserer Lebensmitteleinfuhr war es damals schlecht bestellt. Der Abschluß von Geschäften wurde erschwert, da nicht die hinreichende Zahl von Devisen herbeigeschafft werden konnte, Kredite wurden uns im Ausland nicht gegeben. Bei der fürchterlichen Entbehrung an Fleisch und Fetten, die entstand, weil im Inland keine Vorräte waren, konnte man nur im Ausland kaufen. Dänemark und Holland waren die Länder, die auch während der Blockade, die noch neun Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes aufrechterhalten wurde, die Zufuhr ermöglichten. Die Reichsstellen machten den Versuch, direkt mit den Fleischereien in Amerika in Verbindung zu treten; das war nicht möglich, weil die Vertreter der Reichsstellen keine Einreiseerlaubnis erhielten.

Als dieses Hindernis später beseitigt wurde, konnte der direkte Abschluß erfolgen, und damit fielen die Verbindungen mit holländischen und dänischen Händlern fort. Es war ganz selbstverständlich, daß in den Reichsstellen jede Offerte geprüft wurde und annehmbare Angebote nicht zurückgewiesen wurden. Ich weiß nicht, ob Barinat große Abschlüsse über die Reichsstelle gemacht hat. Mir ist indes keine Beschwerde zugeleitet über eine Beanstandung der Lieferungen Barinats, denn alle Wareneingänge wurden von Beauftragten der Reichsstellen gewissenhaft geprüft.

Einen Dienst hat uns Barinat damals geleistet, als er zu Geschäftsabschlüssen mit den Gemeinden im Industriebezirk und den Leitungen industrieller Unternehmungen überging. Wer die euseidische Kottage damals in Erinnerung hat und nicht zu den Selbstverleugern als Landwirt gehörte, weiß, was unsere Arbeiterbevölkerung zu ertragen hatte und wie schwer es an leitender Stelle wurde, die notwendigen Lebensmittel herbeizuschaffen. Heute ergehen sich leichtfertige Personen, die nie die Not des Volkes kennen lernten, in heuchlerischer Entrüstung, obwohl sie damals nicht das geringste unternahmen, diesem Notstand abzuhelfen. Die Deputationen aus diesen Kreisen hatten, wenn sie im Ministerium vorsprachen, nur die eine Sorge, die Preise in die Höhe zu schrauben, das andere ging sie nichts an.

Es ist eigenartig, wie schnell in der Bevölkerung alle diese Dinge vergessen werden. Und noch eins: Der Reichstag setzte 1921 eine Kommission ein, die das Geschäftsgebahren sämtlicher Reichsstellen prüfte. Der Kommission ist laufend Bericht erstattet und hierbei wurden Beanstandungen wesentlicher Art nicht erhoben. Wäre Barinat bei den Lieferungen bevorzugt, so wäre das den Revisionen, die von der Kommission eingesetzt waren, sicher nicht entgangen. Dinzugefügt

darf noch werden, daß die Lieferungen, die Barinat für Sachsen übernahm, seinerzeit Gegenstand einer eingehenden Untersuchung einer vom sächsischen Parlament eingesetzten Kommission wurden, ohne daß irgendeine Verfehlung festgestellt wurde. Im übrigen, daß Barinat Jude ist und aus Rußland stammt, wäre für mich nie ein Grund gewesen, anzunehmen, daß mit Barinat jede Geschäftsverbindung unterbrochen würde. Ich habe in meiner Tätigkeit im Ministerium bei Beschwerden über Geschäftsabschlüsse unsaubere Gesellen kennen gelernt, die auch dem übelsten Ostjuden noch als Lehrmeister dienen könnten.

Möglich, daß Barinat später strafrechtliche Verfehlungen begangen hat. Aber als damals die Geschäfte abgewickelt wurden, ist mir von keiner Stelle, auch von keiner Gemeinde oder einem Industriellen, die mit ihm geschäftlich in Beziehung traten, eine Verfehlung bekannt gegeben. Eine auf Tatsachen beruhende Beschwerde hätte genügt, um ihn hinauszuweisen. Kein Kaufmann ist im Geschäftsleben sicher, daß er in Beziehungen zu jemand tritt, der sich nachher als unzuverlässig herausstellt. Wieser aber fehlt der Nachweis, daß sich die Reichsstellen durch die mit Barinat abgeschlossenen Lieferungen betrogen ließen. Was nachher von Barinat übernommen wurde, steht auf einem ganz anderen Blatt und ist nicht mehr in Verbindung zu bringen mit der Lebensmitteleinfuhr, die unter scharfer kaufmännischer Kontrolle stand. Zudem waren wir damals froh, daß wir Lebensmittel bekommen, im Übermaß wurden sie uns nicht angeboten. Bemerkenswert ist, daß bei den umfangreichen Geschäften, die die Reichsstellen damals abschloffen, viele Beschwerden aus parlamentarischen Kreisen an mich gelangten, die eingehend geprüft wurden, aber ich erinnere mich nicht, daß ich nötig hatte, in die Geschäftspraxis der Reichsstelle einzugreifen. Zudem waren die Geschäftsabteilungen der Reichsstellen auch von Vertretern der Industrie und des Handels besetzt, die schon ihre Interessen wahrten.

Die Behauptung, in der deutschnationalen Skandalpresse, daß ich mit Barinat in persönlichen Beziehungen stand und die Bedeutung, daß daher seine Lieferungen begünstigt wurden, ist frei erfunden; es ist das die niederträchtige Art der Verleumdung, die jener Presse eigen ist. Grundsätzlich habe ich jeden Verkehr mit Personen abgelehnt, die Lieferungen für die Reichsstellen übernahmen. Geschäft und Politik müssen für den verantwortlichen Leiter eines solchen Ministeriums getrennte Dinge sein.“

Politische Neuigkeiten

Reichskanzler Dr. Luther in Stuttgart

Reichskanzler Dr. Luther weilte am Mittwoch in Stuttgart, um der württembergischen Regierung einen Besuch abzustatten. Er wurde auf dem Bahnhof von Staatspräsident Bagille empfangen. Nach Besprechung im württembergischen Staatsministerium fand ein Empfang der Presse statt, Johann mittags 2 Uhr im Hotel Marquard ein Frühstück im engeren Kreise. Später fand im weißen Saal des Schlosses ein gesellschaftliches Zusammensein statt, um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, mit den geladenen Gästen aus allen Berufsschichten Fühlung zu nehmen. Es waren etwa 400 Personen erschienen. Der Kanzler wurde vom Staatspräsident Bagille in einer Ansprache aufs herzlichste begrüßt.

Reichskanzler Dr. Luther erwiderte sofort und sagte u. a.: Es sind eine große Reihe von wichtigen Fragen im Schoße des Staatsministeriums mit mir besprochen worden und ich muß da zugeben, daß diese Art der Behandlung der Dinge genau dem Gedanken entspricht, in dem ich selber die Reichsregierung führen will, nämlich die sachliche Arbeit über alles zu stellen (Pravo). Was die politischen Grundlagen dieser Arbeit betrifft so lennen Sie aus mancherlei Äußerungen, die ich als Reichskanzler getan habe, die Tendenz, auf der die gegenwärtige Reichsregierung aufgebaut ist. Sie ist eine Wehrheitsregierung und als solche ja doch eigentlich die allein in Betracht kommende Regierungsform für einen parlamentarischen Staat. Wir müssen alle — hier in Württemberg wissen Sie es aus praktischer Erfahrung —, daß man mit einer Minderheit gelegentlich regieren kann. Das Reich hat ja auch unter einer verantwortlichen Minderwirkung lange Zeit mit einer Minderheitsregierung gearbeitet. Aber ich glaube, daß für die schwierigen Aufgaben, die wir in der Reichsregierung jetzt zu lösen haben, solche festen tragfähigen Grundlagen gegeben sein müssen. Die Tendenz der Regierung, die ich zu führen die Ehre habe, wird immer sein, für die bevorstehenden schweren Entscheidungen auch in der Innenpolitik eine so breite Grundlage zu finden, wie wir sie nur irgend zustande bringen können, eine Grundlage, die alle staatsbesitzenden Kräfte — und ich bleibe dabei, daß der große überwiegende Teil des deutschen Volkes aus solchen staatsbesitzenden Kräften besteht — miteinander vereinigt. Der Reichskanzler widmet schließlich der Bedeutung Württembergs im geistigen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands Worte freundlicher Anerkennung, betonte nochmals die Notwendigkeit eines festen Zusammenflusses und schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und Vaterland. — Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Abends besuchte der Reichskanzler die Vorstellung im Volkstheater und fuhr um Mitternacht nach Karlsruhe weiter.

Mitkämpfer von Hölz vor Gericht

Unter besonders scharfen polizeilichen Vorkehrungsmaßnahmen begann Mittwoch vormittag in Charlottenburg die Verhandlung gegen den Arbeiter Bergemann, den Mauer Görtz und den Klempner Eyd, die sich wegen schweren Raubes unter Anwendung von Waffengewalt zu verantworten haben. Alle drei Angeklagte, die längere Zeit mit Hölz in Württemberg gekämpft haben, verbüßten gegenwärtig eine 10-jährige Zuchthausstrafe, die sie für den Raubüberfall auf das Postamt in Stolp in Pommern erhalten haben. Der Verhandlung liegt der Raubüberfall auf den Kassenraum des Gaswerkes in Charlottenburg und der Raubüberfall auf die Margarinefabrik Cobu in Pöchlendorf bei Spandau zugrunde. Mit Ausnahme von Eyd sind die Angeklagten in allen Punkten geständig und bezeichnen sich als Mitglieder der abgetrennten Kampforganisation der kommunistischen Arbeiterpartei. Der Staatsanwalt beantragte gegen die drei Angeklagten Zuchthausstrafen von 6 bis 11 Jahren. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten Bergemann auf 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und den Angeklagten Görtz auf 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Eyd wurde freigesprochen.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 11. Febr.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung um 2.25 Uhr.

Erklärungen der Abg. Wirth und Schmidt

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Dr. Wirth (Zentr.) zu einer Erklärung das Wort, der sich gegen die Veröffentlichung des „Tag“ wendet, in denen der frühere Reichskanzler Wirth mit den Geschäften der Firma Himmelsbach in Verbindung gebracht wird. Der Redner stellt fest, daß nach seinen Erkundigungen beim Gerichtsvorstand der Name Wirth oder irgendwelche Beziehungen seiner Person zur Firma Himmelsbach während des ganzen Prozesses überhaupt nicht zur Sprache gekommen sind (Hört, hört, links und in der Mitte). Trotz dieses Tatbestandes hat der „Tag“ seinen Namen vor die Öffentlichkeit gesetzt. Der Redner erklärt weiter, daß er in der fraglichen Zeit überhaupt kein öffentliches Amt bekleidet habe. Auch der jüngste Geberlehrling einer kleinen Vorortzeitung hätte das Unsinvolle der Behauptung des „Tag“ durchschauen können (Lebhafte Zustimmung). Nachdem vom Gericht diese Feststellung getroffen wurde, erklärte der „Tag“, daß mit dem Reichskanzler nicht Dr. Wirth, sondern der damalige Reichskanzler Cuno gemeint sei (Geheul). Der „Tag“ fügt dann hinzu: Angesichts der Tatsache, daß die geschäftlichen Beziehungen Wirths mit der Firma Himmelsbach bekannt seien, liege es nahe, ihn und nicht einen anderen Reichskanzler als Quelle der Information der Firma Himmelsbach zu bezeichnen (Stürmische Pfuirufe und große Erregung links und in der Mitte). Das Verhalten des „Tag“ muß als politische und moralische Korruption bezeichnet werden, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne (Zustimmung links und in der Mitte). Der Redner stellt dann weiter fest, daß auch Cuno mit der Sache nichts zu tun haben könne, da er zu jener Zeit ebenfalls schon aus dem Amt geschieden gewesen sei. Erneutes stürmisches Hört, hört. Sein Nachfolger war Stresemann. Der Redner bezeichnet dann alle Vorwürfe, die über eine geschäftliche Zusammenarbeit zwischen ihm und der Firma Himmelsbach erhoben worden seien, als unzutreffend, ebenso die Behauptung über verwandtschaftliche Beziehungen. Auf der rechten Seite scheint die Lüge zum politischen System zu werden (Stürmische Zustimmung links und in der Mitte, Unruhe rechts).

Zu einer weiteren Erklärung erhält dann der frühere Reichswirtschaftsminister Abg. Schmidt (Soz.) das Wort: Der Redner geht ein auf Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ und des „Tag“ im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister. Er stellt fest, daß die Einfuhr eines größeren Quantum Butter durch die Firma Barmat ohne sein Zutun erfolgte. Der Reichswirtschaftsminister habe selbstverständlich überhaupt keine Ausfußgenehmigung geben können. Die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, daß ein Teil der Gewinne an dem Buttergeschäft in sozialdemokratische Parteikassen geflossen sei, werde von der Staatsanwaltschaft nachzuprüfen sein. Der Redner stellt fest, daß die „Deutsche Tageszeitung“ bereits seit mehreren Tagen im Besitz seiner Erklärung sei und trotzdem behauptet habe, daß er sich zu den Anschuldigungen bisher nicht geäußert habe. Er habe nie an irgend einem Diner, das Barmat gegeben habe, teilgenommen. Er gehöre seit 1893 dem Reichstag an und wisse, daß im politischen Leben die Leidenchaften oft sehr hoch gehen; aber eine solche Leidenchaftigkeit der deutschen nationalen Presse sei ihm noch niemals begegnet.

Abg. Fried (Soz.) beantragt, daß als erster Punkt der Antrag des Staatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des Abg. Lange-Hegermann auf die Tagesordnung gesetzt und erledigt werde. Es sei merkwürdig, daß eine Partei, deren Vertreter in so großem Worten eben gesprochen haben, — (Großer Lärm und stürmische Pfuirufe beim Zentrum).

Präsident Loebe teilt mit, daß bisher ein solcher Antrag von der Staatsanwaltschaft dem Reichstag nicht zugegangen sei (Hört, hört, rechts).

Der Abg. Dr. Fried (Soz.) verläßt die Rednertribüne unter lebhaften Pfuirufen der Linken. Der Lärm dauert noch minutenlang an. — Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein und setzt die Beratung des

Gesetzes des Arbeitsministeriums

mit der Aussprache über das Siedlungswesen fort.

Abg. Dr. David (Soz.) fordert, daß jeder Besitzer das über 3000 Morgen landwirtschaftlich benutztes übersehendes Land an das Reich abtritt. Das Reichsiedlungsgesetz öffnet der Verschleppung der Siedlungsarbeit Lix und Lor.

Abg. Künneburg (Dem.) bezeichnet das Ergebnis der Siedlungsarbeit als keineswegs befriedigend. Die Einwohnerzahl müsse an die gewaltige nationale Bedeutung der Siedlungspolitik erinnert werden. Der Redner fordert Reichsmittel für Kredite an die Siedlungsgesellschaften und Vorlegung einer Denkschrift, um festzustellen, was bisher auf dem Gebiete der Siedlungspolitik geleistet worden sei. Der Redner wünscht ferner eine Neuregelung des Pachtgesetzes.

Abg. Behrens (D. Natl.) führt die Notlage der Kleinsiedlungsgesellschaften auf die Kreditnot zurück und fordert staatliche Hilfe. Es fehle nicht an Land und nicht an Siedlern, es fehle an Geld. Selbst bei freier Vergabe von Land seien Siedlungen nicht durchzuführen gewesen.

Die Erörterung wendet sich sodann sonstigen sozialen Maßnahmen zu.

Abg. Frau Juchacz (Soz.) warnt vor Experimenten in der Fürsorgefähigkeit. Die ganze private Wohlfahrtsorganisation müsse der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstellt werden.

Abg. Frau Müller-Driess (D. Natl.) empfiehlt vor allem die vorübergehende Fürsorge und fordert ein allgemeines Wohlfahrtsgesetz.

Abg. Frau Dr. Maas (D. Sp.) lehnt die Überführung der Einrichtung der privaten Fürsorge auf die Gemeinde oder den Staat ab.

Abg. Frau Dr. Lübers (Dem.) verlangt, daß das Reich aufmerksam darüber mache, wie die Länder und Gemeinden die Bestimmungen über die Fürsorgepflicht ausführen. Die Rednerin fordert, daß den Fürsorgepflegerinnen die Beamteneigenschaft mit Urlaub zubilligt wird.

Abg. Frau Arensee (Komm.) bezeichnet die Fürsorgepflichtverordnung als eine unerhörte Maßnahme gegen 5 Millionen Hilfsbedürftige und fordert ihre schleunige Beseitigung.

Abg. Frau Teusch (Zentr.) bittet dringend, aus dem Fürsorgegebiet alle parteipolitischen Erwägungen auszuschalten.

Abg. Mumm (D. Natl.) hält es für notwendig, daß die Kommunisten ihre Agitationen wenigstens bei diesem Gegenstand unterdrücken.

Die Beratung wird abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag nachmittags 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß nach 7 Uhr.

Das Präsidium des Sanitätsrates nahm eine Entschließung zur allgemeinen Finanzpolitik an, in welcher vor allem zwecks absoluter Notwendigkeit die Regelung der Aufwandsfrage verlangt wird. Zu der bevorstehenden Steuerreform gibt das Präsidium des Sanitätsrates die Erwartung Ausdruck, daß in dem angeführten Überleitungsbescheid dem Wunsch der durch den Sanitätsrat vertretenen wirtschaftlichen Kreise nach Steuerermäßigung weitgehend Rechnung getragen werde.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages wurde am Mittwoch beschlossen, die Wohnungsverhältnisse Antisfers und Barmats am Freitag zu untersuchen.

Es kam sodann zu einem Zwischenfall. Der frühere Vorwärtsredakteur und frühere sozialdemokratische Reichstagsabg. Georg Davidsohn verwahrte sich gegen die Zusammenfassung des Ausschusses, da Abg. Kuttner in ihm vertreten sei, der die Interessen von Barmat und Antisfer vertritt und daß er nicht Richter in dieser Angelegenheit sein könne. Er werde daher seine Aussagen mit allen Konsequenzen verweigern. Der Vorsitzende erklärte, daß die Zusammenfassung des Ausschusses nach den Vorschriften der Verfassung erfolgt sei. Kuttner hat erregt um den Schluß des Vorsitzenden, der dem Zeugen die weiteren Ausführungen abschneidet. Davidsohn behauptete sodann, daß er im Jahre 1920 die Sozialdemokratische Partei auf die Organe, die mit Barmat in Zusammenhang ständen, aufmerksam gemacht habe. Er habe einen Einblick in die Akten der Butterhandelsvereinigung erhalten und erfahren, daß während sonst die Einfuhr nur mit 1-2% Verdienst gestattet war, jemand mit Barmats Vermittlung Butter zu 25% Verdienst einführen durfte. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsangehörte Baumeister habe ihm wiederholt erklärt, es sei altemundig nachgewiesen, daß gewisse prominente Persönlichkeiten der Sozialdemokratie geradezu an Barmats Geschäften beteiligt seien. Er habe diesen Tatbestand dem Leiter der „Berliner Volkszeitung“ mitgeteilt, der seine Darlegungen veröffentlichte. Er halte jedes Wort dieser Veröffentlichungen aufrecht. Der Polizeipräsident Richter erklärt im Verlaufe seiner Vernehmung, daß er zweimal Empfehlungen in Fahngangelegenheiten für Mitglieder der Familie Barmat gegeben habe. Eine Empfehlung sei für David Barmat bestimmt und an das deutsche Konsulat in Wien gerichtet gewesen. Auf diese habe er nach einem halben Jahre vom Generalkonsul in Wien ein Antwortschreiben erhalten, in dem mitgeteilt wurde, daß David Barmat an der Grenze wegen Schmuggels von Rauchwaren angehalten worden sei. Auf Grund dieser Mitteilung habe er, Richter, verboten, in irgend einer Weise für David Barmat tätig zu sein. Die zweite Empfehlung habe er für die Eltern des Julius Barmat ausgesprochen, die nach Holland reisen wollten und an der Grenze Schwierigkeiten befürchteten, weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig seien. Die finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und ihm seien nicht anders gewesen als die unter Freunden übliche. Barmat habe gelegentliche Verpflichtungen für ihn übernommen, sowie er solche für Barmat übernommen habe. Auf die Frage, worin die Befähigungen Barmats bestanden hätten, antwortete der Zeuge zögernd, daß er einmal 100 Stück einer Antisfer gekauft habe, wobei aber ein sekundärer Vorteil nicht in Frage komme. Auf weiteres Befragen gab Zeuge zu, daß ihm Barmat einmal 100 Stück Aktien überlassen habe, zu denen er später noch 50 Stück hinzugekauft habe. Auf die Höhe der hierfür gegebenen Vergütung las sich der Zeuge nicht mehr erinnern. Der Zeuge verneint, daß sonst einer der Barmat Aktien für ihn gekauft oder verkauft und ihm die Gewinne gutgeschrieben habe, ohne daß er auf eine dieser Aktien irgend eine Zahlung geleistet habe. Auf eine Anfrage, ob er Barmat auf dessen Einladung in Amsterdam gewesen zu sein. Auf eine Anfrage, ob er einmal Anordnungen gegeben habe, daß ihm alle Aktien über die Barmats vorgelegt werden sollten, erklärte der Zeuge, eine derartige Anweisung niemals gegeben zu haben.

Nach dem Polizeipräsidenten Richter wird der Vizepräsident Mall über die Frage vernommen, inwiefern einige der Barmats oder ihre Werke eine andere polizeiliche Behandlung erfahren haben. Weiter wird der Vizepräsident Mall über die Rolle des Privatsekretärs des Vizepräsidenten Stöder gefragt. Er erklärt hierzu u. a., daß ihm von einer privaten Beschäftigung Stöders im Dienste der Barmats im Polizeipräsidenten nichts bekannt gewesen sei. Polizeipräsident Richter befandete noch, daß Stöder niemals von ihm den Auftrag erhalten habe, die Eintragungen in die Akten zu machen. Zum Schluß der Verhandlungen erklärte Kuttner (Soz.), daß die am Nachmittag über ihn verlesene Behauptung, insbesondere diejenige, daß er in den Skappagen zum Schutze der Republik 50 000 M. erhalten habe, völlig erfunden sei.

Die Verhaftung des früheren Reichspostministers Dr. Höfle stößt sich, wie die „B. Z.“ am Mittwoch meldet, auf die Annahme von persönlichen Vorteilen für pflichtwidrige Handlungen. So soll Dr. Höfle die Sicherstellung von Postgeldern bei der Depositionen- und Handelsbank A.-G. unterlassen haben, obwohl ein Aufsichtsratsmitglied dieser Bank auf die bedenklichen Zustände dieses Geldinstituts aufmerksam gemacht hat. Die Leistung einer Zahlung von 50 000 M. seitens dieser Bank an den Minister persönlich soll zeitlich unmittelbar damit zusammenhängen. Außerdem soll Dr. Höfle in einem zweiten ihm zur Last gelegten Fall von der Amexima 125 000 M. vergütet bekommen haben.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist, der „B. Z.“ zufolge, auch die Untersuchung gegen die Depositionen- und Handelsbank A.-G. aufgenommen worden. Sämtliches Material und die Bücher der Bank wurden beschlagnahmt. Die Aufgabe der Bücherrevisoren erscheint dadurch sehr erschwert, daß der allergrößte Teil der Bücher von den damaligen Direktoren Bolpe und Klotzka vernichtet wurde. Gegen den verantwortlichen ehemaligen Leiter der Depositionen- und Handelsbank ist ein Verfahren eingeleitet worden, um über die Geschäfte der Bank, namentlich über den Geldeinsatz für die Reichspost und die Reichsbahn Aufklärung zu schaffen. Die Staatsanwaltschaft hat für diesen Fall ein Sonderdezernat errichtet. Es wird ferner versucht werden, die Auslieferung der Direktoren der Bank, Bolpe und Klotzka, die sich nach Lettland begab, Holland geschickt haben, zu erreichen.

Blättermeldungen zufolge ließ das Reichspostministerium auf die Villa des früheren Reichspostministers Höfle in Lützfelde bei Berlin eine Sicherungshypothek von mehreren Hunderttausend Mark eintragen.

Nach einer Mitteilung des Rechtsbestandes des Reichstagsabgeordneten Lange-Hegermann trifft die Nachricht, daß seitens der Staatsanwaltschaft auf die Zentrumsfraktion ein Druck dahin ausgeübt worden sei, Lange-Hegermann zur Niederlegung seines Reichstagsmandates zu bewegen, nicht zu Lange-Hegermann habe lediglich der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter das Angebot gemacht für den Fall, daß die Ausdehnung der Ermittlungen auch auf seine Person wünschenswert erscheine, einen Reichstagsbescheid in kürzester Frist zu erwirken, durch den seine Immunität aufgehoben werde. Wie die Blätter melden, soll Lange-Hegermann dem verhafteten Dr. Höfle gegenübergestellt werden. Lange-Hegermann, der augenblicklich nicht in Berlin weilt, wird heute oder morgen zurück erwartet.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, sind in der Preussischen Staatsbank neue Berechnungen der Beamten aufgedeckt worden. Die Mitteilung ist, wie der amtliche preussische Pressedienst erzählt, im wesentlichen richtig. Im Sommer 1923 haben einige Beamte sich für begünstigt gehalten, ausgeloste oder

gefälschte Wertpapiere gegen Zahlung des Einlösungsbetrages an sich zu bringen. Dieser Vorgang ist vor kurzem der Leitung der Staatsbank bekannt geworden. Die sofort eingeleitete Untersuchung ist in vollem Gange und wird mit aller Schärfe durchgeführt werden. Die Wertpapiere sind bis auf einen geringen Teil der Staatsbank bereits zurückgeliefert.

Über das Vorleben des Spritliebhabers Weber teilt der „Vorwärts“ in einer Polemik gegen die „Zeit“ mit, daß Weber bereits zu der Zeit, als er in die Deutsche Volkspartei eingeführt, nicht nur „notorisch belastet“, sondern sogar wegen Sprit-Schiebungen mehrfach in Verührung mit den Gerichten gekommen war. Weber hat schon 1918/19 und 1920/21 wegen Brandweinschiebungen mit den Gerichten zu tun gehabt. Bei den Amtsgerichten Offenburg und Schwäbisch-Hall schwebten Prozesse, in die Weber verwickelt war. In Offenburg ist er gleich im ersten Verfahren zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In der „Deutschen Destillatoren-Zeitung“ ist Ende 1920 ein Artikel veröffentlicht worden, der deutlich auf den Schiebungsprozess hinweist. Außerdem ist nachgewiesen, daß Weber in den letzten Jahren fortgesetzte Bestechungen beging, und daß er des Betrugs, der Urkundenfälschung, der vorsätzlichen Brandstiftung und des Versicherungsschwindels dringend verdächtig ist.

Auf der ersten internationalen Opiumkonferenz in Genf am Mittwoch unterzeichneten mit Ausnahme von China alle teilnehmenden Staaten, d. h. England mit Indien, Frankreich, Japan, Holland, Portugal und Siam, die letzten beiden mit Vorbehalt, ein internationales Abkommen, wonach sie sich verpflichten, den Genuß von präpariertem Opium in einer Frist von 15 Jahren herabzusetzen. Diese Frist beginnt zu laufen, sobald die opiumerzeugenden Staaten die Durchführung der Bestimmungen über die Ausfuhr von Rohopium gesichert haben und eine vom Völkerbundrat ernannte Kommission diese Durchführung feststellt hat.

Das französische Wiederaufbauprogramm. Der französische Finanzminister Clementel hat den Mitgliedern für die Wiederaufbaugesellschaft aus Kammer und Senat den endgültigen Text für das Wiederaufbauprogramm 1925 zugehen lassen, der Minister bestimmte, daß für das Jahr 1925 im ganzen 6200 Millionen Frs. zur Verfügung gestellt werden, darunter befindet sich eine Milliarde in Bar und an veräußerlichen und unveräußerlichen Obligationen der Nationalen Verteidigung, 2600 Millionen Frs. Außerdem sieht das Programm die Überweisung eines Teiles der von Frankreich nach dem Dawesplan zu erhaltenden Einnahmen für den Wiederaufbau vor.

Badischer Teil

Reichskanzler Dr. Luther in Karlsruhe

Reichskanzler Dr. Luther ist heute früh von Stuttgart in der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe angekommen. Um 10 Uhr fand eine Sitzung des badischen Kabinetts statt, an der der Reichskanzler teilnahm. Um 11 Uhr folgte im Staatsministerium eine Aussprache über wirtschaftliche und politische Fragen, wozu Vertreter von Handel, Industrie und Handwerk, sämtliche Oberbürgermeister des Landes, die in Karlsruhe anwesenden Reichs- und Landtagsabgeordneten, die Spitzen der Reichs- und Landesbehörden, die Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Presse sowie Vertreter der Gewerkschaften und der Genossenschaften eingeladen waren.

Die Aussprache, die bis 1 Uhr dauerte, wurde vom Staatspräsidenten Prof. Dr. Hellyach mit einer Begrüßungsrede eröffnet. In der nun folgenden allgemeinen Aussprache kamen insbesondere die Sorgen der badischen Wirtschaft und der badischen Städte und Gemeinden zum Ausdruck. Reichskanzler Dr. Luther ging daraufhin in einer Rede auf die vorgebrachten Wünsche und Anregungen ein, die er jeweils im Zusammenhang mit der Reichspolitik erörterte. Staatspräsident Prof. Dr. Hellyach dankte dem Reichskanzler für sein Erscheinen und seine Ausführungen und gedachte der Toten des Grubenunglücks von Dortmund, zu deren Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben.

Darauf fand ein Essen im engsten Kreise im Präsidialgebäude am Schloßplatz statt, an dem die Mitglieder des Kabinetts, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, die Führer der Landtagsfraktionen und Oberbürgermeister Dr. Hinter-Karlsruhe teilnahmen.

Reichskanzler Dr. Luther hat sich entschlossen, früher als vorgesehen, bereits um 2.30 Uhr Karlsruhe wieder zu verlassen, um sich sogleich an die Stelle des Dortmunder Grubenunglücks zu begeben. Er hat von Karlsruhe aus an den Oberbürgermeister Eichhoff in Dortmund folgendes Telegramm gefandt:

„Die Schreckensnachrichten von der Katastrophe auf dem See „Minister Stein“ haben mich auf das Tiefste erschüttert. Sprechen Sie, bitte, den Angehörigen der Opfer meine herzlichste Teilnahme aus, die ich ihnen sobald als möglich auch persönlich zum Ausdruck bringen will.“

Reichskanzler Dr. Luther.

Ehrung des Staatspräsidenten Prof. Dr. Hellyach

Der Verein Karlsruher Ärzte hat den Staatspräsidenten und Minister des Kultus und Unterrichts, Professor Dr. Hellyach, in Erfüllung einer Dankspflicht für die vielen Verdienste, die er sich um die Karlsruher Ärzteschaft, wie um den ganzen ärztlichen Stand erworben“ zu seinem Ehrenmitglied ernannt.

Kirchliche Feier des Volkstrauertags

Nachdem die Reichsregierung den Ländern den diesjährigen 6. Sonntag vor Ostern, Sonntag, den 1. März, als allgemeinen Volkstrauertag zum Gedächtnis an die im Weltkrieg Gefallenen vorgeschlagen hat, empfiehlt auch der Evang. Oberkirchenrat auf Anregung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses den Kirchengemeinden, den Gottesdienst am genannten Sonntag Invocavit dem Volkstrauertag entsprechend zu gestalten und dabei der im Krieg Gefallenen zu gedenken. Zugleich soll an diesem Tag eine Kirchensammlung für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Förderung der Fürsorge besonders für die im Ausland befindlichen Kriegsgräber erhoben werden. Am Volkstrauertag soll auch nachmittags von 1 Uhr ab in allen evangelischen Kirchen eine Viertelstunde lang geläutet werden.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält das Gesetz über die Vermögensverwaltung des Landes Baden für Darlehen an landw. Organisationen, ferner eine Verordnung des Justizministers über die Änderung der Verordnung vom 14. Juni 1901 über den Vollzug des Reichsgesetzes betr. die Unfallversicherung für Gefangene.

Aus der Landeshauptstadt

160jähriges Jubiläum. Die Zimmermeistervereinigung Karlsruhe begeht am 25. April d. J. die Feier ihres 160jährigen Bestehens verbunden mit Fahnenweihe. Als Auftakt der vorgesehenen Veranstaltungen wird Handel und Handwerk vom 1. Mai bis 1. Juni eine Ausstellung veranstalten, verbunden mit einem historischen Festzug.

Schulfrei an Fastnacht. Das Unterrichtsministerium hat die Direktoren und Schulleiter ermächtigt, sofern es die örtlichen Verhältnisse erfordern, am Nachmittag des Fastnachtstages den Unterricht ausfallen zu lassen. Für Abendschulen kann der Unterrichtsbeginn gemäß den kirchlichen Bedürfnissen auf 10 Uhr festgesetzt werden.

Die Galerie Moos Kaiserstraße 187 zeigt in ihrer 104. Ausstellung neue Werke von Erwin Pfeifferle-Karlsruhe und Gustav Jäger-Stuttgart. Aquarelle sind von Prof. Max Ketter-Donauerschlingen Graphiken von Th. Kammerer-Freiburg und W. Müller-Karlsruhe neu ausgestellt.

6. Sinfoniekonzert des Landestheaters. Eine echte, rechte künstlerische Veranstaltung größeren Umfangs verspricht das 6. Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters zu werden, dessen Programm für den kommenden Montag, den 16. Februar, drei sehr wertvolle moderne Orchesterwerke vorsieht. Von Max Reger wird man erstmals den mächtigen „Sinfonischen Prolog zu einer Tragödie“ hören, neben und nach den Illervariationen das bedeutendste Orchesterwerk. Noch größere Aufmerksamkeit wird sich sicher der zweiten Novität des Abends zuwenden, dem „Poème de Festate“ des russischen Komponisten Alexander Scriabin, der als Sinfoniker zu den ungewöhnlichsten, doch heute erst in ihrer wahren Bedeutung erkannten Erscheinungen zählt. Auch an der dritten Stelle der überaus interessanten Vortragsfolge erscheint ein bisher hier noch nicht aufgeführtes Werk, die unter dem Gesamttitel „Gesichte“ zusammengefaßten fantastischen Miniaturen von Berthold Sekles, der als Komponist der „Schahrazade“ allen Theaterbesuchern wohl noch in guter Erinnerung steht. Die Leitung des Konzertes, das auch ein außergewöhnlich großes Aufgebot an Orchestermusikern erfordert, wird Generalmusikdirektor Rudolf Schulz-Dornburg übernehmen, eine der führenden Dirigentenpersönlichkeiten der Jetztzeit. Anerkannt künstlerische Reputation hat er sich im ganzen Rheinland durch seine langjährige Konzerttätigkeit in Vöckern erworben, neuerdings verbindet er damit auch die musikalische Leitung des Stadttheaters Münster in Westfalen.

Landestheater. Am Freitag gelangt die Grotteske „Der Liebestrank“ von Frank Wedekind zur dritten Aufführung (nicht Kolportage). Die von der Volksbühne für den 13. ausgegebenen Karten haben erst zu der am Freitag, den 20. d. Mts. stattfindenden Aufführung von „Kolportage“ Gültigkeit. In dem Schauspiel „Frau Warrens Gewerbe“ von Bernard Shaw, das am Mittwoch, den 11. Februar in den Kammerspielen im Künstlerhaus zum erstenmal in Szene geht, werden die Hauptrollen von den Damen Ermarth und Kunze und den Herren Höder, Kreuzinger, Nürnberg und Prüter dargestellt. Die Vorstellung beginnt um 1/8 Uhr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Weinheim, 11. Febr. In der Reihe der pädagogischen Hochschulkurse sprach an der hiesigen Frauenfortbildungsschule für die Polizei- und Gendarmeriebeamten von hiesiger Umgebung Prof. Dr. Stenaly von der Techn. Hochschule Karlsruhe in äußerst instruktiver Weise über das Thema: „Gewerbliche Güte und Polizei“. — Vorstand Dr. Fühner dankte dem Referenten für seine interessanten Ausführungen aufs Herzlichste.

W. Magau, 10. Febr. Der bei den Abbrucharbeiten an dem Gebäude der Linsolmfabrik in Ragimiliansau verunglückte Maurer Ludwig Biereth ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

W. Hornberg, 9. Febr. Gestern nachmittag 2 Uhr brach in dem Fournierraum der hiesigen Möbelfabrik Feuer aus, das durch leicht entzündbare Stoffe genährt wurde. Infolge der leichten Bauart des Gebäudes griff das Feuer mit rasender Schnelligkeit um sich und in kurzer Zeit war die ganze Fabrikationsanlage in Mitleidenschaft gezogen. Der Inhaber der Firma, Fabrikant Heim, erleidet beträchtlichen Schaden, da die bestaunten Betriebsanrichtung und die Vorräte ungenügend versichert sind. Der Gebäudeschaden beträgt 26 000 Mark und ist durch Versicherung gedeckt. Besitzer des Anwesens sind die Geschwister Wöhle. Auch die Beschädigungen an den Nachbarhäusern sind erheblich. Auf 1. April sollte der Fabrikationsbetrieb nach Reparatur vorüber sein. Da der dortige Fabrikbetrieb aber noch nicht fertiggestellt ist und der Betrieb noch nicht aufgenommen werden kann, werden durch das Brandunglück hier 40 Arbeiter arbeitslos.

Änderung des Termins der Wanderausstellung Stuttgart. Auf Anregung des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, der ein Zusammenfallen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung (15. und 16. Juni) mit der Eröffnung der Wanderausstellung für unerwünscht erklärt, hat sich der Vorstand der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft genötigt gesehen, die Ausstellung um 2 Tage zu verschieben und den Termin auf die Tage von Donnerstag, den 18. bis Dienstag, den 23. Juni 1925 festzusetzen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Febr.	11. Febr.
Amsterdam 100 G.	168,89	169,31
Kopenhagen 100 Kr.	74,73	74,91
Italien 100 L.	17,40	17,44
London 1 Pf.	20,05	20,10
Paris 100 Fr.	22,51	22,57
Schweden 100 Kr.	80,87	81,07
Wien 100 Kronen	5,90	5,92
Prag 100 Kr.	12,38	12,42

Karlsruher Börse, 11. Febr. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Auf die ruhigen Meldungen der auswärtigen Märkte hin, bleibt das Geschäft still. Der Besuch läßt nichts zu wünschen übrig. Weizen neue Ernte handelsmäßig 26,75 bis 27, Roggen neue Ernte gesund handelsmäßig 25,5—26, Sommergerste je nach Qualität 27—32,5, Hafer neue Ernte 19—20,5, ausgeprochen minderwertige Ware entsprechend billiger. Weizenmehl mit Saft 23,25—23,75, Zugoslabischer Mehl (Lose) 22,75—23, Weizenmehl Mühlenforderung 44,5,

Roggenmehl Mühlenforderung 39—40,5, zur Abnahme fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen und Roggenfuttermehl 16—17, Weizen und Roggenmehl 14,25—15, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Biertraber 21,5—22,5, Malzkeime 18,5 bis 19,5, Speisefarbstoffe, gelblich 5,75—6,25, Raufuttermittel: Lohes Weizen, gut, gesund, trocken 9—9,5, Luzerne 11—11,5, Weizen-Roggenstroh, drabigepreßt 5—6, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Biertraber und Malzkeime mit, Getreide ohne Saft, Fruchtbarkeit Karlsruhe, Roggenpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen: Bei schwachem Besuch war die Stimmung sehr ruhig bei in der Hauptsache unveränderten Preisen.

Verschiedenes

Schweres Grubenunglück in Westfalen

84 Tote bereits geborgen
W. Dortmund, 12. Febr. (Tel.) Im Südböckfeld der Zeche Minister Stein, Schacht 3, ist gestern abend 8.10 Uhr eine Schlagwetterexplosion erfolgt, die einen außerordentlich heftigen Charakter angenommen hat. Die Strecken sowohl auf der 3. wie auf der 2. und 1. Sohle sind durch Brüche gesperrt. Die gleich nach der Explosion eingeschickten Rettungstruppen versuchten, die Brüche durchzuarbeiten und an die hinter den Brüchen in zwei Revieren befindlichen Leute heranzukommen. Nur vereinzelte Leute sind gleich nach der Explosion noch lebend zu Tage gekommen. Es ist mit einem Verlust von über 100 Bergleuten zu rechnen. 84 Tote sind bereits geborgen.

Ein neues deutsches Großflugzeug
Am Dienstag nachmittag erfolgte im Weissen von Ingenieur Gsell vom Eidgenössischen Luftamt in Dübendorf die erste Abnahmefahrt des Jünger-Verteilerflugzeuges, ein Dreimotortypus, das ganz aus Metall hergestellt ist und in den Dienst des west-östlichen Rundflugverkehrs gestellt werden soll. Die 3 Motoren leisten 700 PS. Der Apparat, der von dem deutschen Flieger Witte gesteuert wurde, saß neben den beiden Führern 10 Personen. Er hat eine Flügelspannweite von 28,5 Meter.

Ein Justizobersekretär als Altknecht
Vor dem erweiterten Schöffengericht Schöneberg-Verlin hatte sich der Justizobersekretär Anders von Kammergericht wegen schwerer Altknechtstähle zu verantworten. Anders, der sich in großer wirtschaftlicher Not befunden hatte, hatte, um sich einen Nebenverdienst zu schaffen, zunächst Altknecht, die zum Einstampfen bestimmt waren, dann aber auch Altknecht, die unbedingt aufbewahrt werden mußten, verkauft. Nicht weniger als 10 000 Altknecht hatte er veräußert. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Zuchthaus.

Strenger Winter in Südrussland
Mitternachtsmeldungen aus Moskau zufolge herrscht in Südrussland 20 Grad Kälte. Es liegt meterhoher Schnee. Die Eisenbahn Lissib-Datum ist durch Schneeverwehungen unterbrochen. Die Tabaal- und Südrusslandanlagen sind längs der Küste des Schwarzen Meeres bis zur Krim durch die Kälte schwer in Mitleidenschaft gezogen. Das Kapische Meer ist stellenweise zugefroren. Im Gegenlag zu dieser ungewöhnlichen Kälte in Südrussland steht die auffallende Wärme in Mittel- und Nordrussland. Seit der Gründung Petersburgs ist in diesem Jahre zum ersten Mal die Nema nicht zugefroren.

Bad. Luftfahrt-Ausstellung Karlsruhe

Donnerstag: Letzter Tag

Schluß der Flugpostkarten-Annahme
10 Uhr abends
in der Städtischen Ausstellungshalle

Abflug der Post
Freitag, den 13. Februar 1925
mit Heinkel-Flugzeug

Beschränkte Anzahl von Rundflugkarten bei der Ausstellungsleitung zu haben

Letzter Meldetermin:
Donnerstag, 10 Uhr abends

Badisches Landestheater

Freitag, 13. Februar. 7¹/₂—9¹/₂ Uhr. Mk. 4.50. G. 16. Th.-Gem. III. Sondergr.
Der Liebestrank.

Freitag, 13. Februar. 7¹/₂ u. n. 10 Uhr. Mk. 4.50.
Zweites und letztes Gastspiel des Russischen Deutschen Theaters.
Der blaue Vogel.

Jagd-Verpachtung.
Bad. Forstamt Renz (Schwarzwald) verpachtet am Montag, den 16. Februar 1925, nachmittags 3¹/₂ Uhr im Rathaus zu Hintersieben das Recht der Jagdausübung im Domänenwald auf Gemarkung Hintersieben (Lützen-Fürst) — Hanslehof — Minken — Lochrütte mit 562 ha vom 1. Februar 1925 an auf 6 Jahre. Pachtbedingungen liegen auf dem Forstamt auf. 3.241.2.1

Jagd-Versteigerung.
Die staatliche Abtastmoorjagd auf Gemarkung Oberbruch (Station der Nebenbahn Mühl-Regel), umfassend ca. 180 ha, davon 108 ha Wald und ca. 72 ha Acker und Wiesen, wird am Donnerstag, den 26. Februar 1925, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus in Steinbach für 6 Jahre, 1. Februar 1925 bis 31. Januar 1931, öffentlich versteigert. 3.479

Die Pachtbedingungen können in der Zwischenzeit im Geschäftszimmer des Forstamts Steinbach eingesehen werden.

Stangenversteigerung.
Das Forstamt Mittelberg in Ettlingen versteigert: Donnerstag, den 19. Februar 1925, um 1/9 Uhr, in der Wäldle zu Karzels aus den Staatswaldungen Distrikt I, II, III und VI: 3385 Raufstangen, 864 Dagstangen und Baumstämme, 5699 Kopfstangen, 1960

Neubau und 300 Wohnsteden. Vorzeiger des Holzges: für Distrikt I Forstwart Kraß in Mittelberg, für Distrikt II Förster Eisele Karzels und Oberforstwart Wöhl Mehlinschwanberhof, für Distrikt III Förster Eisele, Karzels und für Distrikt VI Forstwart Geisfert in Langenalb. 3.476

Nadel- und Holz-Versteigerung
des Forstamts Jahnheim am Freitag, den 20. Februar 1925, morgens 1/9 Uhr im Bahnhofhotel in Dinglingen aus den Distrikten Frohnholz und Detschel: 14 Tannenstämme I, 5 II, 6 III, 8 IV, 11 V, 2 VI; 9 Tannenstämme I, 20 II, 10 III; 3 Fichtenstämme III. Klasse. Forstwart Meyer in Schmiedheim zeigt das Holz vor. 3.477

Reihe Brenn- u. Grubenholz-Versteigerung.
Das Forstamt Hiltzpsburg versteigert jeweils vorm. 9 Uhr beginnend aus Dom. Wald Untere Lufthardt: 1. Am Dienstag, den 17. Februar d. J. im „Löwen“ in St. Leon aus Abt. 12, 13, 27 usw. 604 Ster meist forl. Brennholz und 4710 dts. Weizen, ferner aus Abt. 24, 29, 30, 31: 297 Ster zu Brennholz (Wälderholz) geeignetes forl. Grubenholz 1,55 u. 2,50 m lang. 2. Am Donnerstag, den 19. Februar d. J. im „Rapp“ in Kirrlach aus Abt. 20, 21, 23 usw.: 680 Ster meist

forl. Brennholz u. 8430 dts. Weizen; ferner aus Abt. 35 u. 56: 196 Ster zu Brennholz (Wälderholz) geeignetes forl. Grubenholz 1,55 und 2,50 m lang. 3.478

Ruhholzversteigerung.
Bad. Forstamt Stodach versteigert am Montag, den 16. Februar d. J. vormittags 1/10 Uhr im Stengelshaus Saale in Stodach aus Staatswaldbezirk I—XIV: Eichen: 3 I, 2 II, 3 III, 8 IV, 11 V, 1 Fichten: 1 III, 3 IV, 16 V, 27 VI, Ahorn: 2 IV, 2 V, Gaimbuden: 1 III, Birkenbaum: 4 IV, Ulmen: 4 V, Birken: 1 V, Fichtenstämme und Abfchnitte 38 I—III. Schindelnholz in kleinen Losen. Auskunst durch das Forstamt. 3.480

Ambau und Abichtung der Wegunterführungen bei Stn. 17,05 und 17,18 auf Station Dillingen öffentlich zu vergeben. Die Arbeiten umfassen etwa: (55+45) cbm Bodenaushub, (50+30) cbm Mauerabbruch, (65+43) cbm Zementbeton, (6,4+5,1) cbm Quadermauerwerk, (10+10) cbm Bruchsteinmauerwerk, (28+8) cbm Rinnenpflasterung und 85 qm Abichtung mit Asphalt-Isolierplatten. Die Vergütung der Umbauarbeiten erfolgt getrennt oder zusammen und der Ablichtungsarbeiten beider Unterführungen zusammen. Bedingungen und Zeichnungen auf dem Baubüro in Forstheim, Luisenstr. 2, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvor-

drucke. Angebote mit entsprechender Aufschrift spätestens bis Dienstag, den 24. Februar d. J., vormittags 11¹/₂ Uhr, verschlossen und postfrei bei dem Baubüro in Forstheim einzureichen. 3.474

Karlsruhe, 10. Febr. 1925.
Bahnbaupolizei I.

380 m Wasserleitung zur Versorgung des neuen Betriebsbahnhofes Heidelberg wird nach den vorläufigen Bedingungenvorschriften der Reichsbahndirektion Karlsruhe öffentlich vergeben. Pläne und Vertragsbedingungen liegen bei uns zur Einsicht. Gegen Einfindung von N. N. 3.30 kann das Bedingnisheft und von N. N. 2.70 können die Pläne — soweit Vorkat reicht — bezogen werden. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis spätestens 28. Februar 1925, vormittags 11 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist: 14. März 1925. 3.449

Heidelberg, 12. Febr. 1925.
Deutscher Reichsbahn-Gesellschaft Vorstand der Bauabteilung Heidelberg (neues Wasser- und Abwasseramtgebäude).

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie

Herausgeg. und eingeleitet von

Professor Karl Diehl und Professor Paul Mombert

Abt. I: Lehre vom Geld, I. Abt. II: Der Arbeitsmarkt

Abt. III: Von der Grundrente

Abt. IV: Wert u. Preis, I. Abt. V: Wert u. Preis, II. Abt. VI: Bevölkerungslehre

Abt. VII: Wirtschaftskrisen

Abt. VIII: Kapitalismus und Unternehmertum

Abt. IX: Freihandel und Schutzzölle

Abt. X: Lehre vom Geld, II. Abt. XI/II: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.

Abt. XIII: Grundzüge der Besteuerung

Verlag G. Braun, Karlsruhe Karlsruherstr. 14.

Maul- und Klauenseuche in Karlsruhe betr.
Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestand der Firma Fischer & Co. in Karlsruhe und unter dem Schweinebestand der Badischen Landwirtschaftskammer in Karlsruhe in der Gottesackerkaserne hier erloschen ist, werden die mit unserer Verfügung vom 10. Januar 1925 angeordneten Sperremaßnahmen hiermit wieder aufgehoben. 3.473

Karlsruhe, den 10. Februar 1925. O. J. 16

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Detektiv Institut
H. Privat-Auskunft
„Argus“ Mannheim
O. G. 5.
Planen 11, 47
Fernspr. 3505
A. Maier & Co., G.m.b.H.